

(Vizepräsident Dpitz.)

(A) Bevölkerung von ganz Europa, so ist es doch wahrlich nicht am Platze, gerade vom deutschen Volke, das in dieser Beziehung Beispiele von Mäßigung an den Tag gelegt hat, wie sie in der Geschichte vielleicht überhaupt vergeblich gesucht werden, in der Weise zu besprechen, wie es der Herr Abgeordnete Fleißner getan hat, und uns den Vorwurf zu machen, als ob in uns die Neigung vorherrsche, unnötigerweise mit dem Auslande Kriege heraufzubeschwören. Nein, ich glaube, wenn wirklich gegenwärtig Stimmen laut werden, daß die Friedfertigkeit auch ihre Grenzen haben könne, da ist das keineswegs aus Chauvinismus, aus der Leidenschaft für den Krieg zu erklären, sondern aus dem Gefühl heraus, daß auch die Friedfertigkeit zu weit getrieben werden kann, aus dem Gefühle heraus, daß ein starker und gerüsteter Mann unter Umständen auch ein scharfes und energisches Wort in die Wagschale werfen muß und werfen soll, um diejenigen Interessen zu wahren, die für das Wohl des Landes notwendig sind.

(Sehr richtig!)

Dann ist es wohl das Allerunglücklichste gewesen, was der Herr Abgeordnete Fleißner ins Feld führen konnte, wenn er auf die Zaberner Vorgänge hinwies. Ich meine doch, wenn irgendwo und irgendwie die Geduld unseres deutschen Volkes

(B) (Sachsen links.)

auf die härteste Probe gestellt worden ist, wenn irgendwo das Ansehen unseres Militärs in weitgehendster Weise geradezu in Frage gestellt wurde und die schlimmsten Herausforderungen gegen dasselbe ergangen sind, so wird man das aus Anlaß der Zaberner Vorgänge wohl behaupten können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer auch nur einigermaßen die gesamte Entwicklung dieser Frage gerade überblickt, der wird nicht verkennen, daß momentan selbst bei denjenigen Parteien, die sonst durchaus national gesinnt sind, eine gewisse Verkennung verschiedenartiger Ausstritte dazu verleitet hat, über eine Militärdiktatur zu klagen, er wird aber auch bei der weiteren Entwicklung beobachtet haben, daß eine derartige Beurteilung der Zaberner Vorgänge sich bei jedem Nationalgesinnten mehr und mehr verloren, ja der anderen Gesinnung Platz gemacht hat, nämlich der Gesinnung, daß die Zustände, wie sie dort im Reichslande liegen, nicht länger in dieser Weise fortgehen dürfen, wenn das Ansehen des Reiches gewahrt und für die Zukunft hochgehalten werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Brodauf.)

Ja, Herr Abgeordneter Brodauf, auch Sie werden wohl diese Ansicht hegen und nicht daran zweifeln, daß die Langmut und Lammesgeduld, die lange Zeit gegen die reichsländische Bevölkerung geübt worden ist, nicht die Früchte getragen hat, die man erwartete, sondern daß alles Nachgeben in Schwäche ausgedeutet und ins Entgegengesetzte verkehrt worden ist.

(Unruhe links. Zurufe.)

So viel über die wichtigsten Fragen, die von dem Herrn Abgeordneten Fleißner berührt worden sind. Ich komme nun zu den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Dr. Zöphel.

Der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel hat vor allen Dingen zweierlei über das Auftreten der sächsischen Regierung bei der Frage der Reichsvermögenssteuer auszusetzen gehabt, und zwar einmal, daß diese Frage für die sächsische Regierung Anlaß geworden ist, sich bei ihr von der Abstimmung der übrigen Bundesregierungen und Bundesstaaten abzusondern, und er hat es dann weiter auch bemängelt, daß die sächsische Regierung sich nicht darauf beschränkt habe, dies innerhalb des Schoßes des Bundesrats zu tun, sondern auch Schritte ergriffen hat, um nach außen zur Kenntnis zu bringen, welche Haltung in dieser so wichtigen Frage von der sächsischen Regierung im Bundesrate eingenommen worden ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel wird mir aber doch zugeben, daß in dem Umstande, daß ein Gliedstaat des Deutschen Reiches auch einmal eine von der übrigen Staaten abweichende Meinung äußert, nicht das mindeste Bedenkliche, sondern zweifellos lediglich die Ausübung eines jedem Staate reichsverfassungsmäßig zustehenden Rechtes liegt.

(Sehr richtig!)

Ich besorge nur, daß, wenn er trotz dieser Ansicht im vorliegenden Falle ungehalten ist, das wohl mehr auf den Umstand zurückzuführen sein dürfte, daß er fühlt, es ist in bezug auf die Reichsvermögenszuwachssteuer doch nicht alles so, wie es sein sollte. Er selbst wird mehr und mehr das Gefühl haben, daß die Überzeugung, es hätte in diesem Falle die Selbständigkeit der Einzelstaaten in weitergehendem Maße geschont werden sollen, sich mehr und mehr in Sachsen durchbricht, und es ist wohl nur ein Akt der Vorbeugung, den der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel sehr diplomatisch, das will ich ihm zugeben, durch seine Aussprache eingefädelt hat. Aber bezweifeln möchte ich, ob er in diesem Falle das erwünschte Ziel erreicht. Die Stimmung des Volkes darüber, daß man tatsächlich bei dieser Steuer den Lebensnerv der Einzelstaaten trifft, ist so tief bereits und so